

# Baumarkt in City-Ost: CDU will Juristen einschalten

Gegner des Hornbach-Baumarktes verlangen detaillierte Informationen und eine rechtsverbindliche Stellungnahme.

VON DIETER WEBER

Der Hornbach-Baumarkt auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs-Geländes (City-Ost) sei kaum zu verhindern. Diese Aussage machte der Technische Beigeordnete Andreas Wurfjüngst in einem Interview der Rheinischen Post. Diese Information wird der Projektentwickler Aurelis, der vor der Vertragsunterzeichnung mit Hornbach steht, gerne vernommen haben. Nicht jedoch die Teile der Politik,

die gegen die Ansiedlung und Befürworter des Masterplanes sind. Und der sieht weder Baumarkt noch Einzelhandel, sondern hochwertigen Bürobau vor. Was wiederum Aurelis nicht will, weil der Entwickler dafür keinen Markt in Gladbach erkennt. Wurf beruft sich auf Rechtsaukünfte aus dem eigenen Haus, also der Stadtverwaltung. Die CDU legt in der nächsten Sitzung des Planungs- und Bauausschusses am Dienstag, 10. September, 15 Uhr, im Klärwerk an der Niersdonker Straße

10 einen eigenen Antrag vor. In diesem verlangen die Christdemokraten nicht nur einen detaillierten Bericht, sondern schlagen auch vor, ein Rechtsgutachten bei einem externen auf öffentliches Recht spezialisierten Juristen in Auftrag zu geben. „Bei allem Respekt vor den Juristen der Verwaltung fordern wir, dass sich die Stadt in dieser strittigen Frage von einer auf planungsrechtliche Fragen spezialisierten Kanzlei beraten lässt. Wir wollen uns nicht vorwerfen lassen, nicht

alle Möglichkeiten ausgeschöpft zu haben, den Aufstellungsbeschluss weiter zu verfolgen“, sagt der planungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans Wilhelm Reiners. Dieses Vorgehen begrüßt der Masterplan-Verein MG 3.0. „Diese Planung hat so große Tragweite für den Masterplan, dass auch wir dafür sind, diese sehr spezielle Fragestellung in einem externen Rechtsgutachten prüfen zu lassen“, sagt Vereinsvorsitzender Fritz Otten. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Anno

Jansen-Winkelmann fordert die Bauverwaltung auf, endlich detaillierte Informationen zum Sachverhalt zu geben: „Und zwar in den Gremien, in denen entschieden wird.“ Sollten die Politiker ein externes Rechtsgutachten in Auftrag geben, wird es spannend. Denn Projektentwickler Aurelis, der Stadt und eventuell die Politiker bei einem Negativbescheid auf 6,8 Millionen Euro Schadenersatz verklagen will, wird gut vertreten – von der renommierten Kanzlei Kapellmann & Partner.